

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 24 (1932)

Heft: 2

Artikel: "Kauft Britisch!" : der wirtschaftliche Nationalismus in England

Autor: Kummer, Fritz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352544>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Kauft Britisch!“

Der wirtschaftliche Nationalismus in England.

Von Fritz Kummer, Berlin.

Vor der Börse zu Manchester steht auf hohem Sockel ein Mann aus Bronze. Bart und Kleidung erinnern an einen Gewerbetreibenden aus der Zeit unserer Grossväter. Am Sockel steht nur ein Wort: Cobden. Wen das darstellt oder was er vollbracht, das zu verzeichnen hat man für überflüssig gehalten. Man hat offenbar angenommen, dass jedes englische Kind weiß, dass es nur einen Cobden gibt, der diese hohe Würdigung verdient, nämlich Richard Cobden, der Mann, der die Abschaffung der Kornzollgesetze durchsetzte, den Freihandel Englands begründete, es dadurch vor einer handgreiflich gewordenen inneren Gefahr bewahrte und dem es zu verdanken ist, dass England heil aus den «Hungrigen Vierzigern» herauskam und sich billiger Lebensmittel und eines steigenden Wohlstandes erfreuen konnte.

An das segensreiche Werk des grossen Freihändlers wird jetzt in England oft erinnert. Es wird ein ihm würdiger Nachfolger gewünscht, um eine landweite Bewegung gegen die mächtig aufschiesende Schutzzöllnerei ins Leben zu rufen. Von der Erfüllung des Wunsches ist noch nichts zu sehen; die Schutzzöllnerei findet noch nicht die gebührende Gegenwehr. Der wirtschaftliche Nationalismus schiesst beängstigend in die Halme. Von Südwales bis Schottland sind an allen Schaufenstern und Mauern rote Plakate zu sehen, die hervorstechend die zwei Worte tragen: «Kauft Britisch!» Zahlreiche Händler tun noch ein übriges. In manchem Laden kann man an einem Fleischstück oder Geflügel lesen: «Britisch gefüttert».

Vor einem kurzen Jahre noch wären derartige Plakate der übergrossen Mehrheit der britischen Bürger lächerlich vorgekommen. Denn damals waren sie noch von der Wahrheit erfüllt, dass ein Industriestaat, der so wie England auf die Warenausfuhr angewiesen ist, nicht bloss im Auslande verkaufen kann, sondern auch von ihm kaufen muss. Und sie mögen sich auch gesagt haben, dass die Nichtbedrohung des britischen Weltreichs durch fremde Staaten nicht zum wenigsten der Tatsache zu verdanken ist, dass ihre Waren freien Zutritt zu ihm hatten. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass der Freihandel dem englischen Volke die wohlfeilen Lebensmittel und seiner Industrie billige Rohstoffe verbürgt.

Auf diesen Binsenwahrheiten scheint man bei der jüngsten Wahl zum Unterhaus nichts mehr gehalten zu haben. Jedenfalls ist es der konservativen Demagogie gelungen, die Erinnerung an diese Wahrheiten zu überschatten durch eine künstlich entfachte Furcht vor einer Inflation und dem finanziellen Bankrott. Diese Furcht liess auch die Mahnung der Arbeiterpartei übertönen, dass die Konservativen, was immer sie sagten, nur auf den Lohn der

Arbeiter aus seien. Die Angst um den Goldwert des Pfundes und um die Spareinlagen hiess zahlstarke Haufen des liberalen Bürgertums und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft mit dem konservativen Stimmzettel zur Urne zu gehen. So konnte es kommen, dass die Partei der Schutzzöllner neunmal stärker ins Unterhaus einzog als ihr Gegner, die Arbeiterpartei. Demnach sind die kapitalistischen Interessenhaufen im Unterhaus besser als je vertreten. Und ihre Vertreter beeilten sich zu zeigen, wofür sie gewählt sind:

Zuerst wurde ein Zoll auf Gemüse, Obst und Blumen von 100 Prozent des Wertes durchgesetzt, dann den Getreidebauern ein Geschenk verabreicht, indem den Müllern auferlegt wurde, fürderhin mindestens 15 Prozent englisches Korn mitzuvermahlen; schliesslich wurden die Textil- und andere Fabrikanten befriedigt, indem ein Zoll von 50 Prozent auf eine Menge von Textilwaren und elektrischer Artikel eingeführt wurde. Nun haben sich die Eisen- und Stahlindustriellen angereiht, die Hand gleichfalls nach einem Zollgeschenk ausstreckend: Ihre Industrie sei durch die überbillige Einfuhr aus Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg notleidender gemacht als alle andern. Wenn der Schutzzoll für die Landwirtschaft und die Textilindustrie so heilsam sei, wie amtlich dargelegt wird, so könne er auch der Eisenindustrie nicht schädlich sein. Diese Logik werden die konservativen Zöllner nicht uneben finden dürfen, zumal es sich hier um eine mächtige Industriegruppe handelt, die für die Wahlkasse nicht zu verachten ist. Wenn aber der verarbeitenden Industrie die Rohstoffe durch die Einfuhr verteuert werden, so werden der Maschinenbau, das Kleineisengewerbe, der Schiffbau ihre Preise erhöhen, wenn sie nicht Subventionen erhalten sollen. Der Absatz metallindustrieller Erzeugnisse wird schwieriger im Inlande und die ausländischen Abnehmer werden ihre Lieferanten wechseln. Die englischen Arbeiter und Verbraucher zahlen die Kosten. Was für die Eisenindustrie gilt, gilt natürlich für jede andere.

Bis jetzt sind drei Schutzzollisten erschienen. Damit soll zunächst einmal dem dringendsten Bedürfnis abgeholfen werden. Das Ziel sei ein allgemeiner Schutzzoll. Mithin sollen noch viel mehr Unternehmergruppen auf dem englischen Markt von der ausländischen Konkurrenz befreit werden und die britischen Verbraucher ihren Bedarf ausschliesslich aus der heimischen Produktion decken. Dem stehen auch englische Arbeiter wohlwollend gegenüber. Sie versprechen sich von der Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz einen günstigen Einfluss auf den Beschäftigungsgrad und den Arbeitslohn. Es mag sein, dass durch Fernhaltung fremder Waren eine Anzahl englischer Arbeiter mehr Beschäftigung findet, und auch die Lohnhöhe mag dann in den betreffenden Gewerben leichter zu halten sein. Aber anderwärts, im Auslande, werden ebensoviel Arbeiter auf die Strasse gesetzt oder ihre Löhne gedrückt, wodurch soundsoviel Käufer mehr vom

Weltmarkte, vielleicht von englischen Absatzgebieten ausgeschaltet werden. Ganz abgesehen davon, dass die englischen Arbeiter daheim als Verbraucher für die Zollpolitik zu opfern haben. Wäre mit Schutzzoll das wirtschaftliche Gebrechen zu heilen, dann müssten Deutschland oder Amerika oder die andern Hochschutzzollstaaten sich wohl befinden. Jedenfalls wird das Weltübel, die Wirtschaftskrise, durch Schutzzölle nicht gemildert, wohl aber beträchtlich verschlimmert, wie wir gleich sehen werden.

Die Unternehmerpresse diesseits des Aermelkanals hat den Wahlsieg der englischen Konservativen über die Arbeiterpartei laut begrüßt. Nun habe in England der «Marxismus» die längst erwünschte Niederlage erlitten. Dieser Jubel offenbart eine Kurzsichtigkeit sondergleichen. Die Ausschaltung des «Marxismus» aus dem englischen Unterhaus bis auf einen kleinen Rest wird die Unternehmer aller nichtbritischen Länder teuer zu stehen kommen. Obwohl die siegreichen Konservativen mit ihrer «antimarxistischen» Tätigkeit kaum begonnen haben, geht schon ein lautes Wehklagen durch Tausende von Fabrikbureaus der kontinentalen Länder. Durch den 100prozentigen Zoll auf Frischgemüse, Obst und Blumen werden in Belgien, Holland und Nordfrankreich ganze Dörfer an den Ruin gebracht; durch den 50prozentigen Zoll auf Baumwollwaren, Glas-, photographischen und elektrischen Artikeln werden die betreffenden Gewerbe in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und andern Staaten schwer in Mitleidenschaft gezogen. Noch mehr Betriebe werden eingeschränkt, noch mehr Arbeiter entlassen werden. Nicht nur das. Auch in England zeigen sich üble Folgen. Gleich nach dem Nachlassen der Einfuhr von Gemüse usw. mussten in südenglischen Häfen Hunderte von Schauerleuten und andern Transportarbeitern wegen Arbeitsmangel entlassen werden.

Alle Länder, die durch die Zollmassnahmen Englands benachteiligt werden, erwägen Gegenmassregeln oder haben sie schon getroffen. Da England ihre Waren nicht mehr haben will, wollen sie die englischen Waren auch nicht mehr haben. Sie führen ebenfalls Zölle ein oder erhöhen sie oder kontingentieren die Einfuhr. Wie die englische Regierung ihren Bürgern einschärft, nur britische Waren zu kaufen, so schärfen nun die andern Staaten ihren Bürgern ein, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Der wirtschaftliche Nationalismus Britanniens gebiert anderwärts dasselbe Uebel oder steigert es noch. Die einzelnen Staaten schliessen sich schärfster gegeneinander ab oder kapseln sich ein. Anstatt nun endlich die Schranken zwischen den Staaten abzubauen, werden sie planmäßig weiter erhöht. Und das just zu der Zeit, da innigste Zusammenarbeit der Völker dringlicher als je ist und da ohne diese Zusammenarbeit keine Aussicht besteht, die Weltwirtschaftskrise zu mildern.

So bedeutet denn der wirtschaftliche Nationalismus Englands eine beträchtliche Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die Ver-

schärfung äussert sich heute in gegenseitigem Anschreien der Staatsmänner und in der Vorbereitung von Zollkriegen; morgen kann sie sich in noch Schlimmerem äussern. Die Unternehmer und Arbeiter unserer Exportindustrien haben zuerst und vor allem die Kosten dieses Nationalismus zu tragen, als Leidtragende werden die englischen Arbeiter als Verbraucher und Lohnempfänger bald folgen. Man nennt das Schutz der nationalen Arbeit!

Die Industrien aller Länder sind mehr als je auf die Ausfuhr, auf den Weltmarkt angewiesen. Je mehr sie das sind, desto mehr verbauen sie sich den Weg dazu. Der Wahlsieg der englischen Konservativen über den «Marxismus» macht die Behebung der Wirtschaftskrise noch aussichtsloser. Es ist verständlich, dass etwas weiterblickende Leute in England nach einem neuen Cobden rufen. Ein Cobden wäre übrigens auch in andern Ländern sehr vonnöten.

Wirtschaft.

Die Konjunktur im letzten Vierteljahr 1931.

Die letzten Monate haben für das Jahr 1931 nichts mehr zu retten vermocht. Es muss schon als günstiger Faktor gewertet werden, dass die Kreditkrise keine weitere Verschärfung erfahren hat, indem keine neuen Währungen ins Rutschen kamen und das allgemeine Misstrauen den Banken gegenüber einer gewissen Beruhigung Platz gemacht hat. Dafür hat die saisonmässige Verschlechterung die Wirtschaft noch tiefer ins Schlamassel hineingerissen und in allen Ländern ein ungeheures Anschwellen der Arbeitslosigkeit verursacht. Die Schweiz hat ihre isoliert günstige Lage verloren und steht im Begriffe, ihr Arbeitslosenheer mit raschen Schritten auf die «Höhe» anderer Länder zu bringen.

Der Kapitalmarkt hat sich nach den stürmischen Wochen vom August bis Oktober wieder etwas beruhigt. Doch ist der Zins für kurzfristiges Kapital nicht wieder auf das frühere Niveau von 1 Prozent zurückgegangen. Der Obligationenmarkt ist nur vorübergehend von der Anspannung betroffen worden, soweit die sicheren inländischen Staatsanleihen in Frage kommen. Im allgemeinen herrscht jedoch in letzter Zeit grosse Zurückhaltung gegenüber langfristigen Anlagen überhaupt, was kürzlich zum Ausdruck kam bei der Emission des Anleihens der Stadt Zürich.

Die Aktienkurse hatten im Oktober und November eine leichte Erholung zu verzeichnen, die jedoch bis zum Jahresende wieder vollständig verloren ging.

Wir geben hier eine Uebersicht über den Index der einzelnen Aktiengruppen je auf Quartalsende, nach den Berechnungen der Schweizerischen Nationalbank (100 = Nominalbetrag der Aktie):